Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 17 | Ausgegeben am 26. Januar 1917 | 35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zwei neue Bände Marxscher Schriften.[1]

Von K. Kautsky. (Fortsetzung.)

3. Die gesammelten Schriften als Geschichtswerk.

So wichtig die Sammlung der Schriften von Marx und Engels aus der Zeit von 1852 bis 1862 für den Marxforscher im besonderen und die Parteigeschichte im allgemeinen wird, so erschöpft sich damit keineswegs ihre Bedeutung.

Sie ist auch von größter Wichtigkeit für den Erforscher der allgemeinen politischen und ökonomischen Geschichte jenes Zeitraums. Niemand wird an ihr künftighin vorbeigehen können, der die Staatengeschichte oder Wirtschaftsgeschichte der neueren Zeit behandelt. Allgemein bekannte Tatsachen erscheinen hier in neuem Lichte, dank der Marxschen Geschichtsauffassung, und Tatsachen, die zu ihrer Zeit unbeachtet blieben, werden hier verzeichnet, weil der proletarische Standpunkt Marx Einsichten erschloß, die dem bürgerlichen Berichterstatter unzugänglich waren.

Dabei darf man freilich nicht glauben, daß die Sammlung eine abgeschlossene Geschichtsdarstellung bildet. Sie bringt Artikel, die unter dem Einfluß des Tages für Tageszeitungen geschrieben waren. So hoch sich auch Marx und Engels durch ihr Wissen und ihren Standpunkt über den gewöhnlichen Journalisten erhoben, so erlagen sie doch seinem Schicksal, auf die ersten Nachrichten des Tages hin sich ein Urteil über die Ereignisse bilden und es niederschreiben und veröffentlichen zu müssen. Auch die größte Gewissenhaftigkeit und das universalste Wissen bildet da keinen absoluten Schutz dagegen, daß man durch falsche Berichterstattung irregeführt wird. Und schon jede einseitige oder lückenhafte Berichterstattung kann irreführend wirken.

Daß wir heute, mehr als ein halbes Jahrhundert nach den Ereignissen, mehr über sie wissen, als Marx und Engels auf Grund der ersten Nachrichten über sie wissen konnten, daß daher ihre Artikel gar manches bringen, dessen Unhaltbarkeit heute feststeht, ist unvermeidlich.

Andererseits fungierte Marx nicht als Berichterstatter, er gab nicht eine lückenlose Schilderung aller wichtigen Ereignisse, sondern deren kritische Würdigung, die eine Berichterstattung durch andere voraussetzte. Seine Mitarbeit an den betreffenden Zeitungen erfuhr zeitweise Unterbrechungen, manche Beiträge gingen verloren oder wurden von der Redaktion entweder gar nicht oder in einer Umarbeitung veröffentlicht.

[1] Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels, 1852 bis 1862, herausgegeben von N. Rjasanoff. Die Übersetzungen aus dem Englischen von Luise Kautsky. Zwei Bände. 74 Bogen Großoktav. Preis beider Bände broschiert 16 Mark, gebunden 20 Mark.

Alles das bewirkt, daß der Leser der Artikel aus ihnen allein kein vollständiges Geschichtsbild der Zeit erhält, die sie behandeln.

Hier setzt ein wichtiger Teil der Tätigkeit des Herausgebers ein. In ausführlichen Einleitungen und Kommentaren unterrichtet er uns über die Beziehungen zwischen Marx und den Redaktionen, für die er arbeitete. Er führt uns die Ereignisse, von denen Marx handelt, in ihren allgemeinen Zusammenhängen vor und unterrichtet uns bei den einzelnen Artikeln über die Umstände ihres Entstehens sowie auch darüber, wie weit ihre Auseinandersetzungen heute noch als richtig angesehen werden können. Nicht nur zusammenhängende Geschichtsdarstellung und detaillierten Kommentar gibt uns Rjasanoff, sondern auch eingehende, gewissenhafte Kritik mit vollster Beherrschung des Materials. Die tiefe persönliche Sympathie, die ihn mit Marx und Engels verbindet, die völlige Übereinstimmung in der Sache, die sie verfechten, macht ihn nie zum Apologeten, mindert nie seine kritische Selbständigkeit.

Einleitungen und Kommentare sind der herausgegebenen Schriften würdig und machen ihre Sammlung aus einer Geschichtsquelle zu einem Geschichtswerk.

4. Die aktuelle Bedeutung der gesammelten Schriften.

a. Wahlrecht, Parlamentarismus und Klassenherrschaft.

So wichtig die Rjasanoffsche Ausgabe der gesammelten Schriften von Marx und Engels als Geschichtswerk für die Parteigeschichte wie für die allgemeine Geschichte ist, so erschöpft sich damit ihre Bedeutung nicht. Wir leben heute noch in der gleichen kapitalistischen Gesellschaft, die in dem Jahrzehnt von 1852 bis 1862 England beherrschte und im übrigen Europa wie in Amerika ihren Siegeszug antrat. Wieviel sich auch im einzelnen während des halben Jahrhunderts seitdem geändert haben mag, die Tendenzen, die Klassen, die Klassengegensätze sind dieselben geblieben, sogar die Mittel des Klassenkampfes haben sich nicht wesentlich gewandelt. Und so tief war die Einsicht in die Gesetze des Kapitalismus, die Marx und Engels schon damals gewonnen hatten, so groß die Überlegenheit ihrer Methode, daß sie die Verhältnisse jener Zeit nicht darstellen konnten, ohne Wahrheiten zu äußern, die auch heute noch uns eine tiefere Einsicht gewähren und dadurch praktische, aktuelle Bedeutung bekommen.

Man höre zum Beispiel Marx (in der »Neuen Oder-Zeitung« im Juni 1855) über die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts. Er sagt über die Forderung der Chartisten, die Charte:

Die Charte ist ein sehr lakonisches Aktenstück und enthält außer der Forderung des allgemeinen Wahlrechts nur folgende fünf Punkte und ebensoviel Bedingungen seiner Ausübung: 1. Abstimmen durch Ballot (Kugelung); 2. keine Eigentumsqualifikation für Parlamentsmitglieder; 3. Zahlung der Parlamentsmitglieder; 4. jährliche Parlamente; 5. gleiche Wahlbezirke. Nach den Experimenten, die das allgemeine Wahlrecht 1848 in Frankreich untergraben, sind Kontinentale leicht geneigt, die Wichtigkeit und Bedeutung der englischen Charte zu unterschätzen. Sie übersehen, daß die Gesellschaft in Frankreich zu zwei Drittel aus Bauern und über ein Drittel aus Städtern besteht, während in England mehr als zwei Drittel in den Städten und weniger als ein Drittel auf dem Lande haust. In England müssen die Resultate des allgemeinen Wahlrechts also in demselben umgekehrten Verhältnis zu seinen Resultaten in Frankreich stehen, wie Stadt

und Land in den beiden Reichen. Hieraus ist der diametral entgegengesetzte Charakter erklärlich, den die Forderung des allgemeinen Wahlrechts in Frankreich und England angenommen hat. Dort war es die Forderung der politischen Ideologen, woran jeder »Gebildete« sich mehr oder minder, je nach seinen Überzeugungen, beteiligen konnte. Hier bildet es die breite Unterscheidungslinie zwischen Aristokratie und Bourgeoisie auf der einen und den Volksklassen auf der anderen Seite. Dort gilt es als eine politische, hier gilt es als eine soziale Frage. In England hat die Agitation des allgemeinen Wahlrechts eine geschichtliche Entwicklung durchlaufen, bevor es zum Schibboleth der Masse wurde. In Frankreich wurde es erst eingeführt und begann dann seinen geschichtlichen Kursus. In Frankreich scheiterte die Praxis, in England die Ideologie des allgemeinen Wahlrechts. In den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts, mit Sir Francis Burdett, mit Major Cartwright, mit Cobbett, hatte das allgemeine Wahlrecht noch ganz den unbestimmten idealistischen Charakter, der es zum frommen Wunsche aller Teile der Bevölkerung machte, die nicht direkt zu den regierenden Klassen gehörten. Für die Bourgeoisie war es in der Tat nur ein exzentrischer, verallgemeinernder Ausdruck für das, was sie in der Parlamentsreform von 1831 erlangt hat. Noch 1838 hatte die Forderung des allgemeinen Wahlrechts in England nicht ihren realen, spezifischen Charakter angenommen. Beweis: Hume und O'Connell waren Mitunterzeichner der Charte. 1842 verschwanden die letzten Illusionen. Lovett machte damals einen letzten, aber vergeblichen Versuch, das allgemeine Wahlrecht als gemeinsame Forderung der sogenannten Radikalen und der Volksmassen zu formulieren. Seit diesem Moment existiert kein Zweifel mehr über den Sinn des allgemeinen Wahlrechts, ebensowenig über seinen Namen. Es ist die Charte der Volksklassen und bedeutet Aneignung der politischen Macht als Mittel zur Verwirklichung ihrer sozialen Bedürfnisse. Das allgemeine Wahlrecht, in Frankreich 1848 als Losungswort allgemeiner Verbrüderung, ist in England daher als Kriegsparole verstanden. Dort war der nächste Inhalt der Revolution das allgemeine Wahlrecht; hier ist der nächste Inhalt des allgemeinen Wahlrechts die Revolution. Wenn man die Geschichte des allgemeinen Wahlrechts in England durchläuft, wird man finden, daß es in demselben Maße seinen idealistischen Charakter abstreift, wie sich hier die moderne Gesellschaft mit ihren unendlichen Gegensätzen entwickelt, Gegensätze, wie sie der Fortschritt der Industrie erzeugt. (II, S. 274 ff.)

Ähnlich drückte er sich schon in einem Artikel an die »New York Tribune« vom August 1852 aus:

Wenden wir uns nun den Chartisten zu, dem politisch tätigen Teil der britischen Arbeiterklasse. Die sechs Punkte der Charte, um die sie kämpfen, enthalten nichts als die Forderung des allgemeinen Wahlrechts und der Bedingungen, ohne die das allgemeine Wahlrecht für die Arbeiterklasse illusorisch wäre, wie die geheime Abstimmung, Diäten für die Parlamentsmitglieder, alljährliche allgemeine Wahlen. Das allgemeine Wahlrecht bedeutet aber für die Arbeiterklasse in England die politische Macht; denn die Proletarier bilden dort die große Majorität der Bevölkerung, sie haben dort in langen, wenn auch nicht offen geführten Bürgerkriegen sich zu dem klaren Bewußtsein ihrer Klassenlage durchgerungen, und sogar die ländlichen Bezirke kennen daselbst keine Bauern mehr, sondern nur Grundherren, produzierende Kapitalisten (Pächter) und Lohnarbeiter. Die Erringung des allgemeinen Wahlrechts in England wäre daher eine Errungenschaft, in der mehr sozialistischer Geist steckte als in irgendeiner Maßnahme, die auf dem Kontinent mit diesem Namen beehrt wurde.

Ihr unvermeidliches Ergebnis wäre die politische Vorherrschaft der Arbeiterklasse. (I, S. 9.)

Diese Analyse des allgemeinen Wahlrechts, die Marx schon 1852 vornahm, steht hoch über jener, die Lassalle ein Jahrzehnt später in seinem »Anwort-

schreiben« entwickelte. Für Lassalle ergaben sich die Wirkungen des Wahlrechts nicht aus einer Untersuchung der Produktionsverhältnisse, sondern der Einkommensverhältnisse. Aus der Statistik der Einkommensteuer schloß er, daß 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung zu den armen und unbemittelten Klassen gehören — verleihe man ihnen das Wahlrecht, dann dränge man damit ohne weiteres den Staat in der Richtung des Sozialismus:

Das allgemeine Wahlrecht von 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung als Magenfrage *aufgefaßt und daher auch mit der Magenwärme durch den ganzen nationalen* Körper hin verbreitet — seien Sie ganz unbesorgt, meine Herren, es gibt keine Macht, die sich dem lange widersetzen würde!

In Wirklichkeit war die soziale Zusammensetzung Preußens damals noch ähnlich der gleichzeitigen Frankreichs. Seine städtische Bevölkerung umfaßte 1861 30 Prozent der Gesamtbevölkerung. Doch seine großstädtische Bevölkerung war geringer als die französische. Noch 1872 umfaßte Berlin nur 800 000 Menschen, Paris 1 800 000. Die nächstgrößte Stadt in Preußen war Breslau mit 200 000 Einwohnern; in Frankreich dagegen umfaßten die nächstgrößten Städte Lyon und Marseille je 300 000 Einwohner. Endlich zählte Frankreich 1872 sechs Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern, Preußen nur drei.

Nicht wie in England, sondern wie in Frankreich wirkte das allgemeine und gleiche Wahlrecht, als es in Deutschland zur Durchführung kam. Auch bei uns wurde es erst eingeführt und begann dann seinen geschichtlichen Kursus. Nicht die damalige soziale Struktur Deutschlands machte es zum Mittel siegreichen Fortschreitens des Proletariats, sondern die seitherige Umwandlung Deutschlands aus einem Agrarstaat in einen Industriestaat.

Als Forderung einer »Realpolitik«, die nach Augenblickserfolgen schreit, war Lassalles Wahlrechtsforderung verfehlt. Sie fand ihre Rechtfertigung nur vom Gesichtspunkt einer weitschauenden Politik sozialer Entwicklung und sozialen Kampfes.

So richtig die Lassallesche Forderung, so falsch ihre Begründung. Trotzdem wird diese in Wahlrechtskämpfen auch heute noch angewandt, werden in rückständigen Agrarländern dem industriellen Proletariat von der Gewinnung des allgemeinen Wahlrechts sofortige große Resultate versprochen. Andererseits wird oft übersehen, daß in einem industriell entwickelten Lande, dem das allgemeine und gleiche Wahlrecht fehlt, seine Eroberung auf weit größere Schwierigkeiten stoßen muß als in einem Lande mit starker bäuerlicher Bevölkerung, denn in jenem bekommt es einen revolutionären, in diesem zunächst einen konservativen Inhalt.

Natürlich kommt bei der Bewertung der Wirkungen des Wahlrechts nicht der Unterschied zwischen Stadt und Land allein in Betracht. Auch in einem Agrarland kann die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts revolutionäre Wirkungen nach sich ziehen, wenn es ein Land ist, in dem nicht Kleinbauern die Masse der Grundbesitzer ausmachen, sondern Kleinpächter oder Landarbeiter einem Großgrundbesitz gegenüberstehen.

Die Haltung, die Marx 1855 dem Wahlrecht gegenüber einnahm, kann man bereits als die des »marxistischen Zentrums« bezeichnen, das die Mitte hält zwischen jenen, die das allgemeine Wahlrecht blind verherrlichen, und

jenen, die es als ohnmächtig verdammen. Er betrachtet das Wahlrecht, wie jede andere Institution, nicht für sich, um absolut darüber zu urteilen, sondern stets im Zusammenhang mit den gesamten sozialen und politischen Verhältnissen, die in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten sehr verschieden sind und sehr verschieden wirken.

So steht er auch dem Parlamentarismus gegenüber. Nachdem er an der oben aus der »Neuen Oder-Zeitung« des Jahres 1855 zitierten Stelle über das Wahlrecht gesprochen hat, fährt er fort:

Neben den ganz- und halboffiziellen Parteien wie neben den Chartisten macht sich in England noch eine Clique von »Weisen« bemerkbar, ebenso unzufrieden mit der Regierung und den herrschenden Klassen wie mit den Chartisten. Was wollen die Chartisten? rufen sie aus. Die parlamentarische Allmacht erhöhen und erweitern, indem sie sie zur Volksmacht erheben. Sie brechen nicht den Parlamentarismus, sie erheben ihn zu einer höheren Potenz. Das Wahre ist, das Repräsentativsystem zu brechen!

Über diese Weisheit macht sich Marx sehr lustig. Es kann keinen schärferen Kritiker des englischen Parlamentarismus jener Zeit geben als ihn, aber die Kritik war bei ihm der Weg zum Begreifen, nicht zum bloßen Verurteilen.

Er schildert (im September 1852) das miserable Wahlrecht, das in den fünfziger Jahren noch in England herrschte, und stellt sich dann die Frage:

Verfolgt man die Geschichte der britischen Wahlen um ein Jahrhundert oder länger zurück, so fühlt man sich versucht, zu fragen, nicht, warum die englischen Parlamente so schlecht waren, sondern, wie sie es bei alledem fertig brachten, noch so gut zu sein und, wenn auch nur undeutlich, die wirklichen Triebkräfte der englischen Gesellschaft widerzuspiegeln. Geradeso, wie auch oft Gegner des Repräsentativsystems erstaunt sein müssen, wenn sie entdecken, daß legislative Körperschaften, in denen die abstrakte Mehrheit, der Zufall der bloßen Zahl ausschlaggebend ist, doch entsprechend der Notwendigkeit der Situation entscheiden und beschließen — das heißt wenigstens während der Dauer ihrer vollen Lebenskraft. Es wird stets selbst bei der äußersten logischen Anstrengung unmöglich sein, aus dem bloßen Zahlenverhältnis die Notwendigkeit eines Votums herzuleiten, das der wirklichen Sachlage entspricht. Aber aus einer gegebenen Sachlage wird sich die Notwendigkeit gewisser Beziehungen der Mitglieder von selbst ergeben. Was war denn die hergebrachte Bestechung bei den englischen Wahlen anderes als die ebenso brutale wie populäre Form, in der sich die relative Stärke der kämpfenden Parteien zeigte? Die Mittel ihres Einflusses und ihrer Herrschaft, die sie jeweils bei anderen Anlässen in normaler Weise geltend machen, wurden hier einige Tage lang in abnormer und mehr oder weniger burlesker Weise angewendet. Die Voraussetzung aber blieb, daß die Kandidaten der rivalisierenden Parteien die Interessen der Masse der Wähler vertraten und die privilegierten Wähler wiederum die Interessen der Masse der Nichtwähler oder vielmehr, daß diese nicht stimmberechtigte Masse noch keine besonderen eigenen Interessen hatte. (I, S. 19.)

Sobald aber die Masse ihre eigenen Interessen hat, wird es notwendig, daß sie sich durch den nötigen Druck von außen auf das Parlament geltend macht. In diesem Druck von außen sah er nicht den Ersatz des Parlamentarismus, auch nicht den Beweis für dessen Überlebtheit, sondern eine Bedingung seines kräftigen Funktionierens.

Immer wieder kommt er auf den Druck von außen zu sprechen, das heißt auf kraftvolles politisches Leben der Massen. Er weist hin auf die mangelnde Wahlbeteiligung bei eingeengtem Wahlrecht und fährt fort:

Die Wählerschaft fühlt instinktiv, daß die Führung weder in den Händen des Parlaments noch der Parlamentsmacher liegt. Wer hob die Korngesetze auf? Sicher nicht die Wähler, die für ein Schutzzollparlament gestimmt hatten, noch weniger dieses schutzzöllnerische Parlament selbst, sondern lediglich und ausschließlich der Druck von außen. An diesen Druck von außen, an eine Beeinflussung des Parlaments durch andere Mittel als die bloße Stimmabgabe glaubt jetzt sogar schon ein großer Teil der Wähler selbst. Sie betrachten den bisherigen gesetzlichen Modus der Abstimmung als eine überlebte Formalität, und in dem Moment, wo das Parlament sich dem Druck von außen entgegenstemmen und der Nation im Sinne dieser beschränkten Wählerschaft Gesetze diktieren wollte, würde sie sich dem allgemeinen Ansturm gegen das ganze System dieser veralteten Maschinerie anschließen. (I, S. 22.)

Und an anderer Stelle sagt er:

Sie (die liberale Bourgeoisie) überläßt die Überwachung der Tories ihren Politikern von Profession. Diese aber (siehe Joseph Humes Schreiben an den Hull Advertiser) jammern mit Recht darüber, daß sie ohne Druck von außen ebensowenig agitieren können, als der menschliche Organismus ohne den Druck der Atmosphäre arbeiten kann. (I, S. 35.)

Später weist er darauf hin, daß die bedeutendsten politischen Reformen in England unter Regierungen der Tories (Konservativen) durchgesetzt wurden, weil deren Regime die Volksmasse zu stärkerer Opposition herausforderte, sie zu energischerem politischem Leben aufrüttelte:

Nur wenn die Tories am Ruder sind, beginnt der gewaltige Druck von außen — die pressure from without — und werden die unvermeidlichen Umwälzungen ins Werk gesetzt. So die Katholikenemanzipation unter Wellington, so der Widerruf der Korngesetze unter dem Ministerium Peel, so, wenn nicht die Reformbill, mindestens die Reformagitation, die bedeutender war als ihr Resultat. (II, S. 164.)

Wie über Wahlrecht und Parlamentarismus äußert sich Marx in seinen Artikeln natürlich auch über zahlreiche andere Probleme der praktischen Politik, die uns heute noch beschäftigen. Er spricht über proletarische Politik und zeigt uns, wie das Prinzip des Klassenkampfes anzuwenden ist. So einfach steht bei ihm die Sache nicht wie bei jenen Leuten, die den Staat einfach in zwei »Nationen« zerfallen lassen, zwei Heerlager, Bourgeoisie und Proletariat, die einander gegenüberstehen.

Selten decken sich Partei und Klasse. Selbst wo alle Angehörigen einer Klasse ihre Klasseninteressen erkannt haben und ihnen dienen, brauchen sie nicht über die Taktik übereinzustimmen, die zur Wahrung der Klasseninteressen erforderlich ist.

Die beiden Parteien, die im englischen Parlament einander gegenüberstanden, die Tories wie die Whigs, verfochten dasselbe Interesse der Oligarchie des großen Grundbesitzes. Aber diese Oligarchie hätte sich allein gegenüber den anderen Klassen nicht zu behaupten vermocht. Sie suchte Bundesgenossen in anderen Klassen, und darüber spaltete sie sich. Die Tories suchten ihre Unterstützung beim Königtum, der Staatskirche, dem Landjunkertum; die Whigs dagegen hielten sich an die mächtig aufstrebende Bourgeoisie. Diese errangen im Parlament und durch das Parlament die Verfügung über die Staatsgewalt und die Ausbeutung der Staatsmaschinerie, dafür mußten sie eine Politik treiben, die den materiellen Interessen der Bourgeoisie entsprach.

Immer wieder macht Marx den Unterschied zwischen regierenden und herrschenden Klassen. Er ist in der Tat unerläßlich für das Verständnis der englischen, aber auch mancher anderen Politik.

Doch Marx macht nicht nur jene Unterscheidung. Innerhalb der Kapitalistenklasse selbst gibt es ebenfalls Unterschiede, die für die praktische Politik sehr wichtig werden. So sagt Marx einmal über die britische Verfassung:

Die britische Konstitution ist in der Tat nur ein verjährtes, überlebtes, veraltetes Kompromiß zwischen der nicht offiziell, aber faktisch in allen entscheidenden Sphären der bürgerlichen Gesellschaft herrschenden Bourgeoisie und der offiziell regierenden Grundaristokratie. Ursprünglich nach der »glorreichen« Revolution von 1688 war nur eine Sektion in der Bourgeoisie — die Finanzaristokratie — in das Kompromiß eingeschlossen. Die Reformbill von 1831 ließ eine andere Sektion zu, die Millocray (Mill gleich Fabrik), wie die Engländer sie nennen, das heißt die Großwürdenträger der industriellen Bourgeoisie. Die Geschichte der Gesetzgebung seit 1831 ist die Geschichte der Konzessionen, die an die industrielle Bourgeoisie gemacht worden sind von der neuen Armenhausakte bis zum Widerruf der Korngesetze und vom Widerruf der Korngesetze bis zur Sukzessionssteuer auf den Grundbesitz. Wenn die Bourgeoisie — selbst nur die höchste Schichte der Mittelklassen — so im allgemeinen als die herrschende Klasse auch politisch anerkannt wurde, so geschah dies indes nur auf eine Bedingung hin, auf die Bedingung, daß das gesamte Regierungswesen in allen seinen Details, selbst das exekutive Departement der gesetzgebenden Gewalt, das heißt das eigentliche Gesetzmachen in beiden Häusern des Parlaments, der Grundaristokratie gesichert bleibe. Die Bourgeoisie zog 1830 die Erneuerung des Kompromisses mit der Grundaristokratie einem Kompromiß mit der Masse des englischen Volkes vor. Die Aristokratie nun, die, unterworfen unter gewisse von der Bourgeoisie aufgestellte Prinzipien, ausschließlich herrscht im Kabinett, dem Parlament, der Administration, der Armee und der Marine — diese eine und verhältnismäßig wichtigste Hälfte der britischen Nation ist gerade jetzt gezwungen, ihr eigenes Todesurteil zu unterschreiben und vor den Augen aller Welt zu gestehen, daß sie nicht länger den Beruf hat, England zu regieren. (II, S. 166.)

Jedoch innerhalb der industriellen Bourgeoisie selbst gibt es auch noch Unterschiede, die praktisch von größter Wichtigkeit werden können und es tatsächlich geworden sind. Marx hat manche schon in den fünfziger Jahren erfaßt. Da ist vor allem der Unterschied zwischen der Textilindustrie und der Eisenindustrie, die in der Waffenfabrikation und seit dem Aufkommen eiserner Schiffe auch im Kriegsschiffbau so lohnende Beschäftigung findet. Die Textilindustrie neigt ebenso zum Frieden wie die Eisenindustrie zum Kriege oder doch zu Kriegsrüstungen. In einer Korrespondenz über »Die türkische Frage im Unterhaus« vom August 1853, wo der Krieg gegen Rußland erörtert wurde, bemerkt Marx über eine kriegerische Rede des Vertreters von Birmingham:

Da Birmingham zufällig der Mittelpunkt der Waffenfabrikation ist und die Bevölkerung vom Verkauf von Gewehren lebt, so höhnen die Birminghamer natürlich über die baumwollene Friedensbruderschaft von Manchester. (I, S. 219.)

Nicht umsonst wurde in späteren Tagen der Führer der imperialistischen, schutzzöllnerischen Rebellion im Lager des friedlichen und freihändlerischen Radikalismus, Chamberlain, der Mayor von Birmingham. (Fortsetzung folgt.)

Skandinavien.

Von Gg. Engelbert Graf.

(Schluß.)

5. Bevölkerung und Verkehr.

Die Bevölkerung Skandinaviens hat sich seit Beginn der Neuzeit ziemlich gleichmäßig entwickelt. Im ganzen beträgt sie rund 11 Millionen. Davon kommen auf das kleine Dänemark fast 3 Millionen, auf Norwegen rund $2^1/_2$, auf Schweden $5^1/_2$ Millionen. Die Volksdichte ist dementsprechend sehr gering, in Dänemark wohnen 71,0 Menschen auf dem Quadratkilometer (etwa die Normalzahl für einen Agrarstaat mit volkreicher Hauptstadt), in Schweden 12,2, in Norwegen nur 7,5 Menschen. Am dichtesten bevölkert sind: in Dänemark die Insel Seeland, in Schweden die Landschaft Schonen und die mittelschwedische Seenregion, in Norwegen die Umgegend von Christiania. Die Auswanderung aus den skandinavischen Ländern war zeitweise sehr stark. In Kanada allein sollen mehr als 4 Millionen Einwohner schwedischer Abkunft sein. Seit 1910 betrug die jährliche Durchschnittszahl der Auswanderer immerhin noch in Dänemark 8500, in Norwegen 12 000, in Schweden 19 000.

Wie überall, hat der Anteil der städtischen an der Gesamtbevölkerung auch in Skandinavien in der jüngsten Vergangenheit erheblich zugenommen; auf die Stadtbevölkerung entfallen in Dänemark 38, in Schweden 22, in Norwegen 28 Prozent. Sehen wir von Kopenhagen ab, das den für große Schiffe allein in Betracht kommenden Sundverkehr von einem vorzüglichen Hafen aus überwacht und gleichzeitig einen großen Teil des Verkehrs vom Festland nach Schweden hinüber vermittelt, so liegen die norwegischen und schwedischen Städte auf den beiden Küstenbögen, deren einer sich vom Drontheim- zum Christianiafjord und der andere sich von Gotenburg bis Sundsvall, also nicht so weit nördlich wie an der norwegischen Küste erstreckt.

Die norwegischen Städte liegen, worauf besonders Ratzel hinwies, im Hintergrund oder an der Mündung der Fjorde. Eine Ausnahme davon bildet Bergen, das zwei große Fjordlandschaften, die des Hardanger- und Sognefjords, beherrscht und gleichweit von dem nördlichen Bevölkerungszentrum von Drontheim und dem südlichen von Christiania entfernt ist; das gibt der Stadt auch heute noch ihre Bedeutung, wie schon in frühester Zeit ihr Besitz den des ganzen Landes verbürgte. Heute ist Christiania die wichtigste Stadt, gewissermaßen das Symbol für das Heraustreten Norwegens aus nordischer Isolierung und seine Annäherung an Gesamteuropa.

Stockholms überragende Bedeutung in Schweden ist hauptsächlich auf geschichtliche Gründe zurückzuführen. Im siebzehnten Jahrhundert, in der Blütezeit des Reiches, war Stockholm die unbestrittene Königin des Nordens. Hundert Jahre später war seine Weltlage schon gänzlich verändert. Ein Ostseegebiet nach dem anderen geriet in Verlust; am russischen Ufer wurde die Konkurrenzstadt Petersburg gegründet, und die Häfen der südlichen Ostseeküste wurden preußisch. Erst die Entwicklung des schwedischen Kanal- und Eisenbahnnetzes hat Stockholms Bedeutung wieder zur Geltung gebracht und es seit 1856 in die Reihe der europäischen Großstädte eintreten lassen. Man hat Stockholm oft mit Venedig verglichen, aber wenige Vergleiche hinken so wie dieser: Venedig eine landscheue, im Rück-

gang befindliche Stadt, in der enggedrängte Häuser aus schmutzigem Kanalwasser sich erheben; Stockholm dagegen, das auf jede Weise den Verkehr mit dem Lande sucht, das im Verlangen nach Licht und Luft von den Inseln weit hinaus und den Felslandschaften der Umgegend Besitz ergriffen hat. Der wirtschaftliche Schwerpunkt des Landes rückt heute allerdings mehr und mehr von der Ostküste ab; vor allem Gotenburg und Malmö ziehen als eisfreie Häfen mit vorzüglichen Verbindungen landeinwärts den Ausfuhrverkehr zum großen Teil an sich; aber der bedeutendste Einfuhrhafen ist Stockholm doch geblieben. So belief sich der gesamte Handelsumsatz im Jahre 1913 für Stockholm auf 309 740 000 Kronen, für Gotenburg auf 386 960 000 und für Malmö auf 162 290 000 Kronen. Davon kamen aber auf die Einfuhr Stockholms 216 580 000, auf die Gotenburgs 194 870 000 und auf die Malmös 100 190 000 Kronen, während die Ausfuhr in derselben Reihenfolge 93 160 000, 192 080 000 und 62 100 000 Kronen betrug.

Größeren Auslandsverkehr hat von den nordischen Städten allein Kopenhagen, dessen Hafenverkehr 1912 rund 6 Millionen Registertonnen aufwies, je etwa 4 Millionen kamen noch auf Petersburg, Gotenburg und Malmö.

Die kleinste Handelsflotte von den skandinavischen Staaten besitzt Dänemark — Ende 1912 642 Dampfer, 2652 Segelschiffe von im ganzen 506 624 Nettotonnen; Schweden in derselben Zeit 1219 Dampfer und 1539 Segelschiffe, im ganzen 1 048 913 Tonnen; Norwegen (1913) 2126 Dampfer, 1106 Segelschiffe, im ganzen 1 709 606 Tonnen. Damit steht Norwegen heute an vierter Stelle im Welthandel unmittelbar hinter der Handelsflotte der Vereinigten Staaten. Seine Nettotonnage ist in den letzten hundert Jahren um das Elffache gestiegen. Auf einen Norweger kommen viermal so viel Schiffstonnen als auf einen Engländer und fünfzigmal so viel als auf einen Reichsdeutschen. Der Schiffbau ist allerdings in allen skandinavischen Ländern bedeutend zurückgegangen. Dänemark ließ 1900 noch 19 000, 1911 nur 17 700 Bruttotonnen vom Stapel, Schweden 1873 33 158 Netto-, 1911 10 110 Bruttotonnen. Die Blütezeit von Norwegens Schiffbau waren die siebziger Jahre; 1875 stand es mit 73 500 Nettotonnen (fast alles Segler) an dritter Stelle von allen Ländern, das Jahr 1911 wies nur noch 38 000 Bruttotonnen (fast durchweg Dampfer) auf; für dasselbe Jahr ist die entsprechende Zahl für Deutschland 406 763 Bruttotonnen!

Die jetzige Gestaltung des Auslandverkehrs der skandinavischen Länder ist durchweg jungen Datums und hängt mit der kapitalistischen Ausbeutung der dort vorhandenen Rohstoffe zusammen. In der Ostsee bestand allerdings ein ähnlicher Verkehr bereits auf anderer Grundlage zur Zeit der Hansa. Mit Deutschland steht Skandinavien bereits heute sozusagen im Binnenverkehr: Fähren schließen die deutschen Eisenbahnlinien von Berlin her unmittelbar an die dänischen und schwedischen an. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, und ähnliche Anschlüsse werden Kiel mit Kopenhagen, Jütland mit Christiania, Petersburg mit Stockholm verbinden.

Auch der Binnenverkehr wird vielfach durch Küstenfahrzeuge bewältigt; in Norwegen vornehmlich durch kleine Küstendampfer, die den Aufschwung vieler Handels- und Fischerorte begünstigten. Der Verkehr im Innern vollzieht sich in Schweden und Norwegen noch über weite Strecken ausschließlich auf Landwegen, wo eine eigentümliche Art Personenpostver-

kehr in dem Skjutswesen sich noch bis auf die Gegenwart erhalten hat. Für Schweden sind von großer Bedeutung die Seen und Kanäle. Trotz der langen Eissperre; denn Holz, Erz und Steine sind im Winter über Schnee leicht zu befördern und können ohne Schaden auf das Auftauen der Wasserstraßen warten. Der bedeutendste Kanal ist der Götakanal, der die Ostsee mit der Nordsee verbindet; er ist bereits über hundert Jahre im Betrieb, hat aber seither eine Reihe Verbesserungen erfahren; die jüngste, eine ganz moderne Schleusenanlage, die die Trollhättafälle umgeht, ist in diesen Tagen eröffnet worden. An Eisenbahnen besaß Dänemark 1913 3771 Kilometer, Norwegen 3092, Schweden 14 330 Kilometer. Es kommen auf:

	100 qkm	10000 Einwohner
In Dänemark	9,7	11,4 Kilometer
In Norwegen	1,0	13,2 -
In Schweden	3,2	26,2 -
In Deutschland (ohne Kleinbahnen) . .	11,6	9,7 -

In Norwegen ist die Süd- mit der Westküste bisher nur durch eine einzige Eisenbahnlinie, von Christiania nach Drontheim, verbunden; eine zweite Linie von Christiania nach Bergen ist im Bau. Im übrigen ist das Eisenbahnnetz dort kaum noch erweiterungsfähig; der Personenverkehr im Innern wird hauptsächlich von Kraftwagen übernommen werden. In Schweden verbinden zwei Hauptlinien die Ost- mit der Westküste: Gotenburg-Stockholm und Malmö-Stockholm; von Malmö und Stockholm führen Bahnen nach Christiania; von Stockholm eine weitere Hauptlinie dann weiter nach Norden über Riksgränsen bis zum norwegischen Hafen Narvik; von dieser zweigt eine Linie nach Drontheim ab, eine weitere wird wohl noch von Dalarne aus über Röros nach Drontheim geführt werden. Der Anschluß der nordschwedischen Bahnen von Lulea über Haparanda bis Tornea an die finnischen Bahnen und damit an das russische Eisenbahnnetz ist während des Krieges vollendet worden.

Es gibt Leute, die der Ansicht sind, die drei skandinavischen Reiche hätten als germanische Reiche gleich zu Beginn des Weltkriegs mit fliegenden Fahnen zu den Mittelmächten übergehen müssen, und die darüber verstimmt sind, daß zum Beispiel Norwegen die »empfangenen Wohltaten mit solch schnödem Undank gelohnt habe« und Schweden in kurzsichtiger Weise in dem Kampfe zwischen Germanen und Slawen mit Gewehr bei Fuß stehen geblieben sei. Aber in der Politik gibt es keine Sentimentalitäten, und der Kapitalist ist der erste, der sich über Rasse- und nationale Bedenken hinwegsetzt. Die skandinavische Frage ist ein politisches Problem für Mittel- und Nordeuropa, aber es muß zum mindesten stark bezweifelt werden, daß es in diesem Kriege schon gelöst wird, selbst wenn der eine oder andere Staat noch seine Neutralität aufgeben sollte. Verhältnismäßig klar ist die zukünftige Stellung Dänemarks, sie wird sich nämlich kaum von der vor dem Kriege unterscheiden. Eine Zugbrücke für Deutschland nach der skandinavischen Halbinsel hinüber ist Dänemark nicht; Dänemark wird sein politisches Leben für sich führen. Seine Produkte führt es bequemer nach dem industriellen England aus als nach den Industriegebieten Deutschlands, von denen es durch einen Gürtel agrarischer Landschaften getrennt ist. Verkehrspolitisch nimmt es nur den Schnellverkehr des westlichen Deutschlands nach Schweden und Norwegen auf; Berlin und Ost-

Deutschland wählen meist den direkten Weg über Trelleborg. Im übrigen kommt es für den Touristenverkehr zwischen der Nord- und Ostsee und hier vor allem mit den russischen Ostseeprovinzen in Frage. Die intimen Beziehungen Dänemarks zu England und Rußland sind also keineswegs von nationaler Verärgerung, wie es so oft heißt, diktiert.

Auch von Norwegen wird man trotz Denkmalspenden, Alesund und alljährlicher Nordlandsreisen keine besondere Sehnsucht nach einem Zusammengehen mit den Mittelmächten erwarten dürfen. Seine ganze so überaus lange Küste, an der sich das wirtschaftliche Leben zusammendrängt, liegt England offen, ein großer Teil der norwegischen Produktion geht nach England, und England kann jederzeit die Gesamteinfuhr von Lebensmitteln nach Norwegen sperren. Die norwegische Schiffahrt ist auch nur eine Filiale der englischen; denn in den norwegischen Reedereien dominiert das englische Kapital. Die Anlehnung Norwegens an England ist auch nicht von heute oder gestern; sie ist bereits offenkundig seit seiner Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1905; ja die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Unabhängigkeitserklärung das Werk Englands war. Denn solange die beiden skandinavischen Reiche vereinigt waren, wäre eine offene Parteinahme Norwegens nicht möglich gewesen. Aber nicht allein Rücksichten auf seine Schiffahrt, auf Ein- und Ausfuhr haben Norwegen in die Arme Englands getrieben; das geschah nicht zum wenigsten auch, um Schutz gegen den Druck von Osten zu gewinnen. Dieser Druck äußert sich von zwei Seiten her, von Schweden und von Rußland. Die Wälder, die einst Schweden von Norwegen trennten, sind heute nicht mehr ungangbar, und Schweden hat an zwei sehr wichtigen Punkten in Norwegen bereits erheblichen wirtschaftlichen Einfluß gewonnen, in Dronthein und in Narvik. Rußland aber ist auf seinem Wege nach Westen an den Atlantischen Ozean schon ein gehöriges Stück vorwärts gedrungen, zu Land streckt es einen drohenden Fühler am Muonio enklang gegen Tromsö aus und isoliert so die norwegische Finnmark; ebenso hat es sich weiter nördlich am Enaresee gegen den Varangerfjord und Vadsö bis nahe ans Meer vorgeschoben. Auch die kostspieligen Hafenanlagen an der Murmanküste und die Bahn, die dahin während des Krieges von Finnland aus gebaut wurde, sind als Operationsbasis für ein Vordringen Rußlands in absehbarer Zeit nach dem Atlantischen Ozean hin anzusehen. So wird auch verständlich, warum Norwegen seine Unabhängigkeitserklärung und damit seine Anlehnung an England just zu dem Zeitpunkt aussprach, als Rußland durch seine ostasiatischen Niederlagen am meisten geschwächt erschien.

Schweden gilt noch als dasjenige Land, von dem die Mittelmächte am wenigsten zu fürchten und am meisten zu hoffen haben. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Deutschland ist der Hauptabnehmer für schwedische Roh- und Halbprodukte; Schwedens Küsten liegen am günstigsten zu Deutschland. Auch der Hauptverkehr Schwedens ist auf die Nordsüdlinie eingestellt. Mehr noch bedingen außerpolitische Momente seine Anlehnung an Deutschland. Der einzige Staat, an den, abgesehen von Norwegen, Schweden unmittelbar angrenzt, ist Rußland, und der größte Teil von Schwedens Küste liegt der russischen gegenüber. Die Zeiten sind vorüber, wo Schweden eine ständige Bedrohung Rußlands bildete; heute sind Helsingfors, Petersburg, Reval, Riga ebensoviel Tore, die sich Schweden gegenüber und zu

jeder Zeit nur nach außen öffnen lassen. Hier ist Schwedens empfindlichste Stelle, und seine Besorgnisse gründen sich, wie schon Napoleon bemerkte, auf eine »geographische Feindschaft«. Als es vor hundert Jahren Finnland einbüßte und Norwegen mit sich vereinigte, hat es mit dieser großskandinavischen Idee die Ostsee allzusehr vernachlässigt. Seitdem ist Finnland eine russische Provinz geworden und eingestandenermaßen eine russische Operationsbasis gegen Nordschweden, und die Alandsinseln wurden ein schon sehr weit vorgeschobenes, stark befestigtes Außenwerk für das russische Vordringen in der Ostsee. Englands Interesse an Schweden mußte aber in dem Augenblick stark abflauen, wo Deutschland es in sein Interessengebiet einbezog. Kein Wunder, daß man in Schweden die Vorgänge in Rußland mit äußerster Sorge betrachtete und daß eine Reihe von Politikern den offenen Anschluß an Deutschland predigte!

Es gibt aber auch Politiker, darunter ganz hervorragende, die davon nichts wissen wollen und eine Anlehnung an England und Rußland für das Gebotene im Interesse ihres Landes halten, vielleicht von dem unausgesprochenen Gesichtspunkt aus, daß, wenn einmal doch ein Mittelstaat wie Schweden in Abhängigkeit geraten müßte, diejenige von Osten und Westen zugleich am vorteilhaftesten wäre. Auch dafür gibt es Gründe. Es mag zum Beispiel schon in Hinsicht auf die geographische Lage geratener erscheinen, von zwei Reichen getragen zu werden, denen man die längsten Grenzen zukehrt, während nur ein schmaler Küstenstreifen Deutschland gegenüberliegt (wobei aber auch in Betracht gezogen werden müßte, daß Rußlands Bündnis mit England nur ein vorübergehendes sein kann und wahrscheinlich auch ist). Ferner aber ist es nicht ausgeschlossen, daß die wirtschaftliche Entwicklung Schwedens andere Bahnen als seither einschlagen wird. Bisher war es hauptsächlich ein Lieferant von Rohstoffen, die nach Deutschland gingen und da veredelt wurden. Wie nun, wenn die Veredelung im eigenen Lande geschehen wird? Und darauf drängt die Entwicklung doch hin. Dann wird aus einem Rohstofflieferanten ein Konkurrent Deutschlands, und diese Gefahr für Deutschland besteht vor allem für einige Zweige der chemischen (Düngemittel!) Industrie, für die Zelluloſe-, Papier- und besonders für die Eisenindustrie. Diese Industrien werden Absatzmärkte suchen, und sie werden sie, die Eisenindustrie auf dem aufnahmefähigen benachbarten russischen Markt und die übrigen in Überseegebieten, finden. Das wird auch eine Umstellung des Verkehrs aus der Nordsüd- in die Westostrichtung zur Folge haben, die um so leichter vonstatten gehen wird, als die Haupthäfen — Gotenburg, Stockholm — in dieser Verkehrsrichtung liegen und in ihr die wenigsten natürlichen Hindernisse zu überwinden sind. Auf demselben Wege könnte dann Rußland, besonders für Getreide, ein Hauptrohstofflieferant werden, und ebenso könnte ein großer Teil des Transitverkehrs von Rußland nach den transatlantischen Ländern über Schweden geleitet werden (wodurch allerdings Kopenhagen ein starker Stoß versetzt würde). Man sieht, das sind Gründe, die sich hören lassen, und sie werden — auch abgesehen von der preußisch-militaristischen Gefahr — es nicht zum wenigsten gewesen sein, die Leute wie den Genossen Branting und andere zu ihrer bekannten Stellungnahme veranlaßt haben, schon mit Rücksicht auf die schwedische Sozialdemokratie, die an einer möglichst qualifizierten Arbeiterschaft interessiert ist.

Die Nachwahl in Grimma-Oschatz-Wurzen.

Von Rich. Lipinski.

Die Nachwahl war während des Weltkriegs die erste, bei der die sozialdemokratische Parteiorganisation den sogenannten Burgfrieden nicht anerkannte. Der Verlauf und Ausgang des Wahlkampfes erregte besondere politische Aufmerksamkeit im Reiche; über ihn ist so viel Oberflächliches und Törichtes gesprochen und geschrieben worden, daß es sich lohnt, auf ihn näher einzugehen. Wenn es etwas spät erfolgt, dann nur deshalb, weil mich ein Augenleiden einige Zeit zwang, schriftliche Arbeiten auf das Notwendigste zu beschränken. Die historische Würdigung kommt aber noch zur rechten Zeit.

Die Parteigenossen von Leipzig wandten sich bereits Anfang 1915 gegen die Kriegspolitik der Partei, insbesondere kam dies durch einen Beschluß der Bezirkskonferenz vom 28. Juni 1915 zum Ausdruck. Die Kreise des Bezirks, auch der 11. sächsische Reichstagswahlkreis, nahmen in Kreiskonferenzen und -versammlungen im gleichen ablehnenden Sinne Stellung, so daß der Bezirk geschlossen in der Opposition stand. In dieser Situation wurde die Parteiorganisation durch den Tod des konservativen Abgeordneten Giese für den 11. Reichstagswahlkreis vor die Alternative einer Nachwahl gestellt. Da gab es kein großes Verhandeln. Am 17. September wurde der Tod Gieses bekannt, am 18. September beschlossen der Bezirksvorstand und am folgenden Tage die Bezirksparteileitung einstimmig, in den Wahlkampf einzutreten. Am 1. Oktober faßte der Kreisausschuß der Organisation des 11. Wahlkreises mit 18 gegen 2 Stimmen den gleichen Beschluß. Herzerfrischend war es, wie bei dieser Beratung gerade die Vertreter der kleinen Parteiorte, trotz Kenntnis der zu bewältigenden Schwierigkeiten, einer nach dem andern sich für die Wahlbeteiligung aussprachen. Der Beschluß erwies sich bald als ein überaus glücklicher. Am 3. Oktober wurde bekannt, daß die konservative Landesorganisation für Sachsen die Nachwahl zu einem Kampfe für den rücksichtslosen Unterseebootkrieg und einer Demonstration für imperialistische Eroberungspolitik benutzen wollte. Sie hatte das Mandat dem aus dem Staatsdienst wegen des Unterseebootkriegs entlassenen Großadmiral v. Tirpitz angeboten. Als dieser dankend ablehnte, wurde ein Vertreter des Unabhängigen Ausschusses, Fabrikant Dr. Wildgrube aus Dresden aufgestellt. Gegen diesen Heißsporn legten die Nationalliberalen Einspruch ein, es wurde auch im stillen versucht, den Bürgermeister von Wurzen Dr. Seetzen zur Annahme der Kandidatur zu veranlassen, als dieser aber ablehnte, blieb es bei der Kandidatur Wildgrube. Dadurch wurde zunächst die Kriegspolitik des Unabhängigen Ausschusses und die Forderung des rücksichtslosen Unterseebootkriegs in den Vordergrund des Wahlkampfes gedrängt. Dies konnte um so eher geschehen, weil der Unabhängige Ausschuß, Ortsgruppe Dresden, am 2. Oktober 1916 an den Sächsischen Landtag und die Erste Kammer eine Petition Dr. Beutel und Genossen gesandt hatte, die in folgender Forderung auslief:

> Die hohen Ständekammern wollen eine gemeinsame Deputation berufen und den Herrn Minister des Auswärtigen ersuchen, vor dieser Deputation die Gründe zu entwickeln, aus denen heraus die sächsische Staatsregierung der Politik des Herrn Reichskanzlers zustimmt. Alle Parteien der Zweiten Kammer haben am 5. April erklärt, daß der Sächsische Landtag ein Recht auf solche Auskunftserteilung hat.
>
> Die hohen Ständekammern wollen ferner der Staatsregierung erklären, daß sie die bisherige auswärtige Politik des Reichskanzlers als den Interessen des Reiches schädlich erachten, und wollen die Regierung auffordern, all ihren verfassungsmäßigen Einfluß im Bundesrat, darüber hinaus aber auch ihren auf langjährige Freundschaft und Bündnisse gegründeten Einfluß bei den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten aufzubieten, um unverzüglich sowohl die rücksichtsloseste Durchführung

des Unterseeboot- und Luftschiffkriegs gegen England zu beginnen, wie auch die Beschränkung der Zensur auf militärische Belänge unter Einhaltung des Burgfriedens und Erhaltung des Siegeswillens zu erreichen.

Die hohen Ständekammern wollen ferner Seiner Majestät dem König in einer ständischen Schrift Kenntnis von ihrer Überzeugung und von ihren Verhandlungen über diesen Gegenstand geben.

Diese Petition war von Kurt Fritzsche, dem Landessekretär der konservativen Partei Sachsens, und Dr. Wildgrube als Mitgliedern des Engeren Ortsausschusses des Unabhängigen Ausschusses unterschrieben worden.

Die Struktur des Wahlkreises.

Der 11. sächsische Reichstagswahlkreis wird im wesentlichen gebildet aus den Bezirken der beiden Amtshauptmannschaften Grimma und Oschatz, einige kleine Grenzgebiete gehören zu anderen Wahlkreisen. Die beiden Amtshauptmannschaften umfaßten im Jahre 1913 ein Gebiet von 1419 Quadratkilometern mit 168 440 Einwohnern. Der 11. Wahlkreis ist demnach einer der ausgedehntesten Sachsens, denn seine Längsachse beträgt über 60 Kilometer. Der Wahlkreis zählt zehn Städte, meist Landstädte, 302 Landgemeinden und 109 Rittergüter. Während die landwirtschaftliche Bevölkerung in ganz Sachsen nur 11,9 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, hat die landwirtschaftliche Bevölkerung in der Amtshauptmannschaft Grimma noch 28,2 Prozent, in der Amtshauptmannschaft Oschatz 35,6 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung. Industrie ist stark in Wurzen, sonst in den Städten nur schwach vertreten. Auf dem Lande besteht Steinbruch-, Kalkbruchindustrie, vereinzelt Koalin- und Kohlengräberei. Die Städte Dahlen, Grimma und Mügeln sind auch Rentnerstädte. Nach der Berufs- und Gewerbezählung von 1907 ergibt die soziale Gliederung der erwerbstätigen Bevölkerung ohne Familienangehörige folgendes Bild:

	Personen männlich	Personen weiblich
Selbständige und erwerbstätige Familienangehörige	12066	5367
Leitendes Personal	2355	627
Kaufmännisches Personal usw.	1140	309
Beamte, Militär, Rentner	10540	7367
Insgesamt	26101	13670
Lohnarbeiter	27779	12159

In der Landbevölkerung ist der mittlere und Großgrundbesitz sehr stark vertreten. Unter den Rittergutsbesitzern herrscht der Adel, selbst drei Fürsten sind im Wahlkreis ansässig. Die Rittergüter verfügen über folgende Bodenfläche:

Amtshauptmannschaft	Güter	Insgesamt Hektar	Davon Acker	Davon Wiese	Davon Wald
Grimma	68	24368	13588	2446	7678
Oschatz	41	10582	7211	1078	2050
Insgesamt	109	34950	20799	3524	9728

Unter Berücksichtigung dieses Umstandes wird man verstehen, daß der Begriff Lohnarbeiter auf dem Lande nicht gleichbedeutend ist mit sozialdemokratischer Gesinnung. Denn der Einfluß des Großgrund- und Mittelbesitzes auf diese Schicht ist viel zu groß und die Landarbeiter sind viel zu abhängig, als daß sie sich diesem Einfluß entziehen könnten. Während des Krieges drückt diese Abhängigkeit noch mehr, weil die Ernährungsschwierigkeiten sie geradezu vom Grundbesitz abhängig machen. Bei der Reichstagswahl 1912 zählte der Wahlkreis 28 344 Wahlberechtigte. Davon entfielen auf die Städte 11 437, auf das Land 16 907 Wahlberechtigte. Die Wahlbeteiligung betrug bei der Hauptwahl 92,08, bei der Stichwahl 93,6 Prozent. Das politische Leben war also sehr rege. Von den abgegebenen

Stimmen entfielen in der Hauptwahl auf: Sozialdemokratie 11 217, Konservative 10 339, Liberale 4531 Stimmen und in der Stichwahl: Sozialdemokratie 12 840, Konservative 13 328 Stimmen. Der Konservative war also mit Hilfe der Liberalen mit 488 Stimmen Sieger geblieben.

Der Krieg hat dieses Bild sehr zuungunsten der Sozialdemokratie verschoben. Welche Wirkung der Krieg auf die soziale Gliederung ausgeübt hatte, konnte niemand vor der Wahl feststellen, da aber die Lohnarbeiter in der Mehrzahl sind, so konnte man annehmen, daß ihre Schicht am meisten vom Heeresdienst betroffen wurde. Dazu kommt, daß die Bevölkerung auf dem Lande sich durchschnittlich eines viel höheren Lebensalters erfreut als die Arbeiter der Industrie. Von je 100 Personen gehörten in Sachsen an:

	Alter	
	von 25 bis 70 Jahren	über 70 Jahren
Landwirtschaft, Selbständige	95,72	3,18
- Arbeiter	36,54	0,94
Industrie, Selbständige	86,57	3,78
- Arbeiter	54,69	0,40
Beamte, Militär, freie Berufe	56,46	0,65
Rentner	67,56	31,32
Während der Durchschnitt aller Personen nur beträgt	45,09	2,29

Die Zahl der Rentner im Wahlkreis beträgt allein 3157, und der größere Teil der höheren Beamten ist daheim geblieben. Die Wählerlisten sind nicht überall einwandfrei aufgestellt worden, vereinzelt hatte man alle Wähler, auch die zum Heeresdienst berufenen, aufgeführt, und oft fehlten in den Städten die Wähler ganzer Häuser. So ergaben die Wählerlisten bei dieser Wahl 18 282 Wahlberechtigte. Dann wurden kurz vor dem Wahltermin am 15., 17. und 21. November meist Arbeiter eingezogen. Es verblieben am Wahltag noch 16 568 Wähler, das sind gegen 1912 11776 Wähler weniger. Von den in den Wählerlisten eingetragenen Wählern entfielen 7886 auf die Städte und 10 392 auf das Land. Die Aussichten für den Wahlkampf waren demnach völlig unsichere. Ein Teil der Parteigenossen rechnete damit, daß die Ernährungsschwierigkeiten, die ungleiche Verteilung der Nahrungsmittel, die Benachteiligung der kleinen Landwirte bei der Beschlagnahme der Kartoffeln usw. auf die Wahl einwirken würden. Das hat sich als ein Trugschluß erwiesen. Denn erstens kam der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land verschärft zum Ausdruck, und mancher Bauer hat sich im stillen gefreut, den Städtern einen Denkzettel zu geben, dann aber ist auch der Kleinbauer nicht unberührt von Kriegsprofiten geblieben, wodurch die Mißstimmung wieder aufgewogen wurde. Das Klasseninteresse steht im allgemeinen höher als das persönliche Interesse. Die Einwirkung der Ernährungsschwierigkeiten in den Städten trifft gerade die Frauen am härtesten, deren Männer im Felde stehen, und die Frauen haben ja kein Wahlrecht.

Der Wahlkampf.

Die Parteiorganisation hat durch den Krieg stark gelitten, viele Verbindungen im Kreise waren zerstört, in einer Anzahl Orten waren die Ortsgruppen eingegangen. Es mußten deshalb die Verbindungen wieder gesucht werden. Diese Arbeit wurde mit Energie vom Bezirks- und Kreisvorstand aufgenommen, und das Resultat war überraschend. Die Annahme, daß keine Genossen in den Orten vorhanden seien, erwies sich als irrig, sie hatten mit Rücksicht auf den Krieg ihre Parteitätigkeit als »überflüssig« eingestellt. Ebenso erwies sich die Annahme als falsch, daß zu wenig Wähler vorhanden seien; die Abschrift der Wählerlisten klärte auch diesen Irrtum auf. Freilich mußte das Fehlen von annähernd 12 000 Wählern auf die Versammlungstätigkeit einwirken und erforderte, daß zur Wahlarbeit von

den benachbarten Reichstagswahlkreisen Hilfe herbeigerufen werden mußte, die gern gewährt wurde. Am 1. Oktober hatte der Kreisausschuß die Wahlbeteiligung beschlossen, und schon am 3. Oktober setzten in den Parteiorten die Besprechungen mit den Parteigenossen ein. Solche Besprechungen haben in 45 Orten stattgefunden, bei denen die politische Situation dargelegt wurde. Am 22. Oktober konnte mit den öffentlichen Versammlungen begonnen werden und fanden bis zum Wahltag 28 Versammlungen statt, die in einzelnen Orten glänzend besucht waren.

Es galt auch, die Schwierigkeiten des Belagerungszustandes zu überwinden. Die Organisation verfocht die Auffassung, daß die Wahlversammlungen durch das Gesetz über den Belagerungszustand und die daraus geflossenen Verordnungen nicht berührt würden, sondern durch das Reichstagswahlgesetz und das ergänzende Reichsvereinsgesetz gesichert seien. Es wurde darum vom Tage der amtlichen Bekanntgabe des Wahltermins an keine Wahlversammlung polizeilich angemeldet. Von der Behörde ist uns nichts in den Weg gelegt worden, weder ist die Einreichung des Rednermanuskripts verlangt worden, noch wurde auf Einhaltung von Fristen gedrängt oder der Aussprache Schwierigkeiten bereitet. Die Gegner, die es ängstlich vermieden, für ihre Versammlungen freie Aussprache anzukündigen oder zuzulassen, entsandten in unsere Versammlungen Redner. So traten in unseren Versammlungen der konservative Landessekretär Fritzsche (Dresden), der Sekretär des Bundes der Landwirte Michaelis (Halle) und vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie der frühere sozialdemokratische Redakteur Burgemeister (Berlin) unseren Rednern entgegen. Ferner wurden zur Beruhigung der kleinen Landwirte von den Gegnern die aus Bauernkreisen stammenden konservativen Landtagsabgeordneten und Sekretäre des Bundes der Landwirte auf die Dörfer entsandt, um kleine Versammlungen abzuhalten.

Die schriftliche Agitation erlitt ebenfalls keine Einschränkung. Hier stützte der § 43 der Gewerbeordnung die Wahlflugschriften. Auf eine Anfrage des Geschäftsführers der Leipziger Buchdruckerei A.-G. beim Generalkommando wurde ihm der Bescheid, daß auf die Zensur der Wahlflugschriften verzichtet würde, nur sollten genügend Belegexemplare für ein nachträgliches Eingreifen der Behörde aufgehoben werden.

Selbstverständlich mußte bei Abfassung der Flugschriften auf den Belagerungszustand Rücksicht genommen werden. Die Parteiorganisation hat vier Flugschriften in einer Gesamtauflage von über 100 000 Exemplaren glatt verbreitet. Die Unterstützung des Wahlkampfes durch die Presse konnte nicht sehr stark sein. Die größeren Zeitungen beschäftigten sich zwar mit dem Wahlkampf, doch hatte dies von bürgerlicher Seite nur den Zweck, den den Liberalen unbequemen konservativen Kandidaten zu verdrängen, und als dies nicht gelang, erklärte man sich mit Hosianna für den »Reaktionär vom reinsten Wasser«, wie ihn das liberale »Leipziger Tageblatt« bezeichnet hatte. Die Kreisparteipresse hat stark unter dem Krieg gelitten, während durch die amtliche Verteilung der Lebensmittel und die sich daraus ergebenden vielen lokalen amtlichen Bekanntmachungen die kleine Amtsblattpresse des Kreises an Abonnenten und damit an Einfluß auf die Bevölkerung gewonnen hat. Die Kräfte waren hier demnach sehr ungleich verteilt.

Meine Stellung zur Kriegspolitik

hat sehr viel Anfechtung erfahren. Im Vordergrund des Wahlkampfes standen die vier Fragen: Der Charakter des Krieges und die Forderung des Friedens, die Neuorientierung, die Lebensmittelfrage und die Folgen des Krieges. Parteidifferenzen schied ich von vornherein aus, sie gehören in die Parteiorganisation, nicht in Wählerversammlungen und Wahlflugschriften. Ich mußte mich deshalb auf eine knappe, den Wählern verständliche Formulierung beschränken und daraus die Schlußfolgerungen ziehen. Der einzige Anfechtungspunkt ist meine Stellung zum Kriege. Hierzu bemerke ich kurz dies:

Oberster Grundsatz der Völkerbeziehungen gemäß dem Programm und den Kongreßbeschlüssen der Sozialdemokratie ist das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts. Die Erhaltung des Selbstbestimmungsrechts setzt das Recht voraus, den Eingriff in dieses Recht abzuwehren, also das Selbstbestimmungsrecht der Nation zu verteidigen und damit auch das Recht, die Nation unversehrt zu erhalten. Dieser Rechtszustand hat nach meiner Beurteilung des Verlaufs des Weltkriegs für Deutschland niemals bestanden. Ich habe die Auffassung, daß der Mord von Serajewo nur als Vorwand diente, um die längst geplante imperialistische Auseinandersetzung zwischen den Weltmächten herbeizuführen und durchzusetzen. Unter dieser Voraussetzung, die ich in Flugschriften und Reden darlegte, lehnte ich jede Eroberungspolitik, jede Annexion fremdsprachiger Völker und Länder ab, trat für die Verteidigung Deutschlands ein und erklärte als das Ziel der Sozialdemokratie:

Sie will Deutschland unversehrt und unabhängig erhalten wissen und tritt für die Forderung einer internationalen Handelspolitik, des ungehinderten Warenaustausches zwischen den verschiedenen Nationen nebst ihren Kolonien und Protektoraten ein. Sie erstrebt eine Verständigung der Völker zum freien, friedlichen Wettbewerb, zur gemeinsamen Kulturarbeit.

Diese Formulierung entspricht dem von der Leipziger Parteileitung deklarierten und in Umlauf gesetzten Text der Friedenspetition des Parteivorstandes.

Betrachtete ich den Krieg als Eroberungskrieg, so war die Erklärung folgerichtig, daß ich die Bewilligung von Kriegskrediten ablehnen und mich der Arbeitsgemeinschaft anschließen würde. Diese Auffassung habe ich in Wort und Schrift während des ganzen Wahlkampfes vertreten, und niemand kann sagen, daß die Wähler über meine Haltung im unklaren geblieben sind.

Die Gegner

zogen in den Wahlkampf als Vorkämpfer für den rücksichtslosen Unterseebootkrieg zur Niederwerfung Englands und Bekämpfer der Kriegspolitik des Reichskanzlers. Nachdem dieser Schlachtruf aber bei einem Teil der Wähler verschnupft hatte, wurde die Löwenhaut abgestreift und die Forderung nur so weit vertreten, »als sie diese Kampfesmittel in die Hand der obersten Heeresleitung legen und unseren Nationalheroen Hindenburg und Ludendorff in unerschütterlicher Zuversicht die rechtzeitige Anwendung dieser Kampfesmittel anheimstellen«. Aus der Aufforderung des Unabhängigen Ausschusses an die Landesregierung, die Bundesstaaten gegen die Reichsleitung auszuspielen, wurde die Wahrung eines verfassungsmäßigen Rechtes, von der Landesregierung Auskunft über auswärtige Politik zu erlangen. So wurden aus blindwütenden Eroberungspolitikern bescheidene Verfechter der nationalen Verteidigung Deutschlands, die ganz sich dem Vertrauen zur obersten Heeresleitung unterwarfen. Scheidemann, Lensch, Heilmann und andere dienten für den Verteidigungskrieg Deutschlands als Kronzeugen. Der Artikel der »Sozialdemokratischen Feldpost«: »Eine deutsche Niederlage« prangte in der Amtsblattpresse und wurde als konservatives Flugblatt verbreitet. So wurde der Wahlkampf auf die einfache Formel gebracht: Sieg oder Niederlage Deutschlands.

Die Konservativen wollten nach ihrer Darlegung die Zerstücklung Deutschlands verhindern, während der böse Kreditverweigerer die Zerreißung und Aufteilung Deutschlands wollte. Meine Darlegungen, daß durch eine Verständigung die durch den Krieg zwischen den Völkern aufgeworfenen Streitfragen gelöst werden müßten, wurden als unausführbare Phantasieprodukte beiseite geschoben.

Der Wahlkampf wurde von den Konservativen mit allen demagogischen Mitteln geführt, in deren Anwendung selbst der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sie nicht überbieten konnte. Die Verurteilung Liebknechts wurde herangezogen, die Arbeitsgemeinschaft arbeite im Sinne Liebknechts, wer Lipinski

wähle oder gar sich der Stimme enthalte, übe Landesverrat, der falle seinen feldgrauen Brüdern in den Rücken und könne ihnen bei ihrer Heimkehr nicht mehr in die Augen sehen, Hindenburg sehe auf die Wähler, daß sie nicht Lipinski wählen. »Feldgraue« Dichter krochen hinterm warmen Ofen hervor und dichteten Oden »aus dem Schützengraben« — und so mit Grazie weiter! Die Beschlagnahme und Verteilung der Lebensmittel wurden als sozialistische Maßnahmen denunziert, die ein Vorspiel für den sozialistischen Zukunftsstaat seien. Die hohen Preise für Lebensmittel seien von Sozialdemokraten in den Ausschüssen vorgeschlagen und aufgeheißen worden. Einer sachlichen Auseinandersetzung ging man peinlich aus dem Wege. So wurde die Wahl ein Vorspiel für die späteren Wahlkämpfe und eine Probe aufs Exempel für die Neuorientierung unter den Parteien selbst.

Das Wahlresultat

war unter diesen Voraussetzungen ein glänzendes. Von den 7886 eingeschriebenen Wählern hatten 1479 von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht, in den drei größten Städten des Kreises Grimma, Oschatz und Wurzen waren allein 1070 Wähler daheim geblieben, während auf dem Lande von 10 396 Wahlberechtigten 9196 gewählt haben. Hierbei muß aber beachtet werden, daß durch die Einbeziehung zum Heeresdienst kurz vor der Wahl die Zahl der Wahlberechtigten von 18 282 auf 16 568 sank, die Verteilung dieser Differenz auf Stadt und Land im einzelnen aber nicht nachgeprüft werden kann.

Von den verbleibenden 16 568 Wählern haben 14 603 gleich 86,5 Prozent ihr Wahlrecht ausgeübt. Davon entfielen auf Lipinski 6288, auf Wildgrube 7974 Stimmen, und 291 waren ungültig.

Nach Stadt und Land verteilen sich die abgegebenen Stimmen, für 1912 das Ergebnis der Stichwahl zugrunde gelegt:

	Sozialdemokratie		Konservative	
	1912	1916	1912	1916
Stadt	6440	3113	4896	3091
Land	6400	3175	8429	4883
Insgesamt	12 840	6288	13 325	7974

Es ist leicht erkennbar, daß für die Sozialdemokratie das Verhältnis gegen 1912 fast das gleiche blieb, während das Mehr der Konservativen wie 1912 aus den Landgemeinden geholt worden ist. Auf dem Lande sind es die Alten gewesen, die den Ausschlag im Wahlkampf gaben. Auf den Wahlsieg haben wir von vornherein nicht gerechnet, der sozialistischen Aufklärung hat der Wahlkampf sehr gedient.

Die Wahl ist als eine Angelegenheit der Arbeitsgemeinschaft gefeiert worden. Das ist ein Irrtum. An der Beschlußfassung für die Wahlbeteiligung hat kein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft mitgewirkt oder auf die Entschließung eingewirkt, sie war die Konsequenz der Haltung der Parteiorganisation im Bezirk. In den Wahlversammlungen hat außer den im Bezirk wohnenden Genossen Geyer und Ryssel nur der Genosse Haase von der Arbeitsgemeinschaft und Genosse Schmidt (Meißen) von der Fraktionsminderheit in je einer Versammlung gesprochen. Sonst ist der ganze Wahlkampf von Kräften aus dem Bezirk bestritten worden. (Ebenso ist der Vorwurf der »Dresdener Volkszeitung« gegen die Arbeitsgemeinschaft deplaciert, sie habe sich einer Inkonsequenz schuldig gemacht, indem sie für die Wahlbeteiligung eingetreten sei, während sie im Reichstag für die Verlängerung der Legislaturperiode gestimmt habe. Erstens hat die Arbeitsgemeinschaft auf die Beschlußfassung im Wahlkreis nicht eingewirkt, zweitens nahm der Wahlkreis endgültig am 1. Oktober zur Wahlbeteiligung Stellung, während der Reichstag erst am 11. Oktober seine Lebensdauer verlängerte. Man sieht, auf ein bißchen mehr Schiefheit für die Verteidigung der Fraktionsmehrheit kommt es nicht an.) Die Parteiorganisation des Bezirks und des Kreises ist mit dem Ausgang des Wahlkampfes sehr zufrieden, er war eine rechte Friedensarbeit.

Nochmals Gemeinschaftsarbeit.

Von Emil Kloth.

Meine Erwiderung auf die Kritik des Genossen Karl Emil gegen die angeblichen gewerkschaftlichen Harmonieapostel hat auch den Genossen Karl Kautsky auf den Plan gerufen. Wie Karl Emil verwechselt Kautsky Harmonie mit Gemeinschaftsarbeit. Das sind aber unterschiedliche Begriffe. Wo ungetrübte Harmonie herrscht, da sind gegensätzliche Organisationen verpönt. Die Gemeinschaftsarbeit zweier Interessengruppen setzt aber diese Vertretungen geradezu voraus. Keinem Befürworter der Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zur Wahrung gemeinsamer Berufsinteressen ist es jemals eingefallen, die Auflösung oder Verschmelzung der gegensätzlichen Organisationen zu fordern, die Gemeinschaftsarbeit wird immer nur so weit geübt, als beide Interessengruppen dabei auf ihre Rechnung kommen. Geschieht das nach Ansicht eines Teiles nicht, lassen sich die gemeinsamen Interessen nicht auf bestimmte Ziele einstellen, dann tritt der Kampf in seine Rechte, wofür die kampfdurchwogte Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine endlose Kette von Beispielen bietet. Ganz anders bei den wirklichen Harmonieleuten. Ihnen sind die Arbeiterorganisationen und das Verhandeln mit diesen auf paritätischer Grundlage in Tarif- oder Arbeitsgemeinschaften zur Regelung gemeinsamer Berufsangelegenheiten ein Scheuel und Greuel; der gelbe Werkverein als Ausdruck der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit ist ihr Ideal.

Es ist schade um die Zeit, die darauf verwendet werden muß, mit den Theoretikern immer noch solche Auseinandersetzungen führen zu müssen, obgleich die einsichtigen und verantwortungtragenden Kreise in der Partei sich schon seit zwanzig Jahren darüber klar sind, daß man wegen der Gewerkschaften keine Sorge zu haben brauche, sie könnten etwa die Klasseninteressen des Proletariats verraten oder auch nur verleugnen. Nichtsdestoweniger darf man sich dieser Pflicht wegen des Einflusses der Theoretiker auf die Presse nicht entschlagen, zumal sie ihre Meinungen mit einer solch »wissenschaftlichen« Überlegenheit und Unfehlbarkeit vorzutragen pflegen, so daß sie auf nicht beschlagene Leser, besonders in aufgeregten Zeiten, nicht ohne Einfluß bleiben würden, wenn man sie nicht immer widerlegte. Den Unterschied zwischen Theoretikern und gewerkschaftlichen Praktikern kann man vielleicht in die Formel zusammenfassen: Während die gewerkschaftlichen Praktiker die Massen zu wirklichen, immer ausgedehnter werdenden Kämpfen gegen das Kapital führten, begnügten sich die Theoretiker mit dem »Kampf« in weltabgeschiedener Studierstube oder auf dem geduldigen Papier gegen das Kapital — und die Gewerkschaftsführer.

Bemerkenswert, aber für den Kenner nicht erstaunlich ist die Übereinstimmung zwischen schwerindustriellen Scharfmachern und radikalen sozialistischen Theoretikern in bezug auf die Verurteilung der Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern. Man lese beispielsweise das, was das Hauptorgan der Unternehmerverbände, die »Deutsche Arbeitgeberzeitung«, vom 24. Dezember 1916 über die »Gemeinschaftsarbeit im deutschen Malergewerbe« schreibt, die von den Arbeitervereinigungen im Malergewerbe — freie, christliche und Hirsch-Dunckersche — beantragt worden ist, dann wird man dies bestätigt finden. Gewiß gehen Scharfmacher und Theoretiker von verschiedenen Gesichtspunkten aus, aber in der prinzipiellen Stellung gegen die Arbeitsgemeinschaften reichen sie sich brüderlich die Hände.

Kautsky macht sich nun, um mich zu widerlegen, eine zwar originelle, aber sehr sonderbare Theorie über meine Ausführungen betreffs Gemeinschaftsarbeit zurecht: man kann sie als die Lokaltheorie bezeichnen. Die Beispiele nämlich, meint Kautsky, welche ich für das Fortschreiten der Gemeinschaftsarbeitsidee anführte, seien gar keine Beweise dafür, denn wenn im Landtag, in Gemeinderäten und Gewerbegerichten sich Vertreter der Parteien zusammenfänden oder wenn im Parlament Regierung und Opposition zusammenträfen, so sei das keine Gemeinschaftsarbeit,

sondern nur ein Zusammentreffen im gleichen Lokal. Das stimmt bis auf die Gewerbegerichte. Entweder verfällt Kautsky hier wieder einmal seiner schon oft gerügten polemischen Unsitte, seinem Gegner etwas zu unterstellen, was er gar nicht behauptet hat, und sich daraus einen Popanz zu machen, auf den er losschlägt, um so den Gegner »wissenschaftlich« zu vernichten — oder er vermag keine scharfen Begriffsbestimmungen zu ziehen. Die Beispiele, welche ich neben dem Gewerbegericht für die Gemeinschaftsarbeit anführte, waren: der Eintritt von Sozialisten in bürgerliche Ministerien in England, Frankreich, Belgien, Italien und Dänemark, die Vertreterkörperschaften der Arbeiterversicherung, Tarifgemeinschaften und der früher im Reichstag gestellte sozialdemokratische Antrag auf Einrichtung paritätisch aus Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzter Arbeitsämter. Diese Beispiele läßt Kautsky glatt unter den Tisch fallen. Warum denn? Nun, das ist sehr naheliegend, denn sie ließen sich nicht in das Prokrustesbett der Kautskyschen Lokaltheorie hineinzwängen. Oder doch? Je nun, dann wäre es ein Schauspiel für Götter, denselben Kautsky, der mit dem ganzen Aufwand seiner scholastischen Spitzfindigkeit bisher den Ministerialismus in Grund und Boden verdammte, diesen jetzt als harmloses Zusammentreffen bürgerlicher und proletarischer Vertreter in ein und demselben Lokal verteidigen zu sehen. Oder hält Kautsky es für richtig und entschuldbar, wenn der Ministerialismus von ausländischen Genossen geübt wird, während er bei den deutschen Genossen verdammenswert ist? Oder glaubt Kautsky jetzt »die Zeit der Abrechnung mit jenen dunklen Ehrenmännern, die da einen Geheimbund gegen die Partei bilden«, für gekommen, wie er sich einmal um die Zeit des Mannheimer Parteitags aussprach und womit er die Gewerkschaftsführer meinte — weil sie sich erlauben, sich für Arbeitsgemeinschaften mit Unternehmern auszusprechen und — schrecklich zu sagen — solche auch bereits schon eingegangen sind?

Auch auf Tarifgemeinschaften mit ihren gemeinsamen Festsetzungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit ihren Schieds- und Spruchinstanzen, paritätischen Arbeitsnachweisen usw. trifft die Kautskysche Lokaltheorie ebensowenig zu wie auf die neuerdings entstandenen Arbeitsgemeinschaften. Selbst die erst nach unausgesetzten Bemühungen unserer parlamentarischen Vertreter für alle Städte mit mindestens 20 000 Einwohnern obligatorisch eingeführten Gewerbegerichte lassen sich nicht in die Kautskysche Theorie einfügen.

Die ideale »Arbeitsgemeinschaft« scheint dagegen Kautsky darin zu sehen, wenn in unserer Partei deren Reichstagsvertreter bei den wichtigsten Fragen gegeneinander stimmen, wenn sie zwei Fraktionen bilden, wenn an manchen Orten schon zwei Parteiorganisationen »harmonisch« nebeneinander wirken und dergleichen liebliche Erscheinungen mehr, in denen wir nach Kautsky und Genossen »die höhere Einheit der Partei als Gebot der Stunde« zu erblicken haben.

Was ich über die früher so viel Staub aufwirbelnde Frage der Beteiligung oder Nichtbeteiligung an den preußischen Landtagswahlen geschrieben habe, halte ich aufrecht. Es ist mir nicht eingefallen, zu behaupten, Kautsky habe in der Neuen Zeit Anatheme gegen die Beteiligung geschleudert, denn ich hatte dabei die Spitzenartikel Mehrings im Auge. Ich fühle mich also durch Kautskys bezügliche Ausführungen nicht widerlegt. Es ist eben kein Märchen, daß vornehmlich die Theoretiker und ihr Anhang es waren, die gegen die Beteiligung sich erklärten, während Praktiker wie Bebel darin bald umlernen mußten, wie er in bezug auf die Beurteilung der Gewerkschaften gründlich umgelernt hat und umlernen mußte, wollte er sich mit den Tatsachen nicht in schreienden Widerspruch setzen. Wahrhaftig würde es dem Ansehen unserer Theoretiker nur zum Vorteil gereichen, wenn sie gerade aus dem letzteren Beispiel Bebels die Lehre entnehmen wollten und nach den Tatsachen die Gewerkschaften beurteilen würden, anstatt als unberufene Ratgeber sie nach der Elle veralteter Anschauungen messen und kritisieren zu wollen.

Mit demagogischen Mätzchen wie: »die Vertreter der ‚Gemeinschaftsarbeit' in Partei und Gewerkschaft wollten gleichzeitig als Vertrauensmänner des kämpfenden Proletariats und des Reichskanzlers, der Arbeiter und der Unternehmer fungieren«, mag Kautsky und seine anonymen und pseudonymen russischen, galizischen, holländischen, französischen und sonstigen Mitarbeiter, von denen man nicht weiß, welcher Art sie sind, noch woher sie kommen oder wohin sie gehen, bei dem Haufen der Urteilslosen einen Augenblickserfolg erzielen, nicht aber bei den Verständigen und Verantwortungbewußten. »Dor lach' ik öwer« — sage ich mit dem Inspektor Bräsig. Wenn Kautsky mir und Gleichgesinnten noch kühne Zirkuskünste zutraut, so spricht daraus der Neid desjenigen, der nach dem Urteil seiner bisherigen intimsten Anhänger bis über den Hals im »Sumpfe« steckt.

Wir aber bleiben auf dem festen Boden realer Tatsachen und werden daher nicht in den Sand gestreckt werden von jenen, die im »Sumpfe« stecken, sondern lachen ihrer.

Literarische Rundschau.

Wilhelm Wundt, **Leibniz.** Zu seinem 200. Todestag. Leipzig 1917, Verlag Alfred Kröner. 132 Seiten. Preis 4 Mark.

G. W. Leibniz, **Neue Abhandlungen über den menschlichen Verstand.** In dritter Auflage neu übersetzt, eingeleitet und erläutert von Ernst Cassirer. Leipzig 1915, Verlag von Felix Meiner. XXIX und 647 Seiten. Preis 7,50 Mark.

G. W. Leibniz, **Deutsche Schriften.** Herausgegeben von Dr. Walter Schmied-Kowarzik. 1. Band: Muttersprache und völkische Gesinnung; 2. Band: Vaterland und Reichspolitik. Leipzig 1916, Verlag von Felix Meiner. XL und 112, XXIII und 176 Seiten. Preis je 2 Mark.

Wundts Beitrag zum 200. Todestag Leibnizens muß vor allem als ein Meisterstück philosophischer Prosa bezeichnet werden. Es ist eine glänzende Darstellung sowohl der Zeit als auch der Gedankenarbeit Leibnizens, die in der umfangreichen Leibniz-Literatur sicherlich einen der vordersten Plätze einnehmen wird. Mit spielender Leichtigkeit überwindet Wundt die unzulänglichsten Abschnitte der Leibnizschen Philosophie (allein die Darstellung der Monadenlehre ist vorbildlich!), um in knappen — und doch erschöpfenden — Umrissen ihren innersten Kern herauszuschälen. Solches kann ihm heutzutage — beim neuerlichen Überhandnehmen des zunft- und zopfmäßigen Philosophierens — nicht hoch genug angeschlagen werden! Diese mustergültige Klarheit verdanken wir freilich in erster Linie dem Umstand, daß die Wundtsche Studie eigentlich ein Bekenntnisbuch darstellt: ihr Verfasser schrieb sie ebensosehr pro domo sua wie zu Ehren Leibnizens. Selbstverständlich hat es sich für ihn dabei keinesfalls um ein schlechthiniges »Zurück-auf-Leibniz!« gehandelt: dazu ist Wundt ein viel zu gründlicher Historiker. Aber in Leibniz den ersten Verkünder des neuzeitlichen Idealismus (das heißt des Psychologismus) zu feiern, der durch Wundt seit vielen Jahrzehnten so glänzend vertreten wird: dieser Absicht begegnen wir in der Wundtschen Arbeit sozusagen auf jedem Schritt. Und eben deshalb bietet sie eigentlich viel mehr als eine bloß gelehrte Untersuchung und »Quellenforschung«, wie wir dergleichen Wundt wohl ohne weiteres zutrauen dürften. Sie wirft vielmehr ein helles Licht auf die ganze Geschichte des neuzeitlichen Idealismus. Namentlich in Ansehung der Parallele: Leibniz-Kant gibt Wundt sehr wertvolle Aufschlüsse. Seine Studie ist zu einem guten Teil überhaupt nichts anderes als eine Streitschrift gegen Kant und alle späteren Begründungen des Idealismus in Kant. Eine Streitschrift — wohlgemerkt! — in höherem Sinne: nicht als starre Verneinung, wohl aber als ein Versuch historischer Überwindung. Dieser Teil der Wundtschen Schrift bietet vielleicht das größte Interesse. Selbst für denjenigen, der die Parallele (oder Antithese): Leibniz-Kant, von der Wundt ausgeht, ganz anders wie dieser aufhebt und weder Leibniz noch Kant die Be-

gründung seiner Weltanschauung überantworten kann: selbst für den grundsätzlichen Opponenten also muß die Beweisführung Wundts einen eigenartigen Reiz haben. Man wird sich — unter ihrem Eindruck — der Überzeugung nicht verschließen können, daß auf idealistischem Boden die Waffenbruderschaft Leibnizens heutzutage in der Tat viel sicherere Stützpunkte gewähren mag, als es der Kantische Kritizismus je vermochte. Eben deshalb, weil der Idealismus gegenwärtig nur mehr als Eklektizismus — Wundt sagt: Pluralismus — möglich ist, erscheint ihm die Figur Leibnizens als das immerhin verheißungsvollere Vorbild.

Diese persönliche Beziehung Wundts zu Leibniz ist, wie gesagt, die Quelle aller Vorzüge seiner Schrift. Zugleich wird sie ihnen jedoch auch zur Schranke. Denn zu sehr läuft die Wundtsche Darstellung auf die — einigermaßen apologetische — Absicht hinaus, in Leibniz' Namen die Wiedergeburt des Idealismus zu vollbringen. Unter dem Einfluß dieses Begehrens verschiebt Wundt unmerklich sogar den historischen Sachverhalt und räumt dem Gegensatz: Leibniz-Kant eine geradezu beherrschende Stellung in der neueren Philosophie ein. Das ist — selbst auf lediglich idealistischem Boden — ungerecht gegen Hegel. Unbedingt wäre auch Hegels Verhältnis zu dem soeben erwähnten Gegensatz zu berücksichtigen. Wenn Wundt hingegen ihn nur ganz beiläufig streift und Feuerbachs (dessen Leibniz-Monographie einer der wertvollsten Belege für die Entwicklung des klassischen Idealismus abgibt) überhaupt mit keinem Wort erwähnt, so ist diese Unterlassung sowohl für den Standpunkt wie auch insbesondere für die Fragestellung Wundts außerordentlich bezeichnend.

Gleichwohl muß gesagt werden, daß innerhalb dieser — selbst gezogenen — Grenzen die Darstellung Wundts den Bereich der Leibnizschen Philosophie mit ungewöhnlicher Schärfe erhellt. Und dem Andersdenkenden wird sie vielleicht noch größere Belehrung bringen können als dem erklärten Parteigänger des — Pluralismus. Unabhängig davon wird sich jedoch ein anderer Vorbehalt — mehr formaler Natur — nicht abweisen lassen. Es macht sich nämlich bei Wundt eine gewisse Diskrepanz zwischen dem historischen und dem theoretischen Teil seiner Abhandlung bemerkbar. Denn historisch sieht Wundt Leibnizen so außerordentlich nüchtern, man könnte fast sagen: materialistisch an, daß der nachträgliche Versuch, das theoretische Vermächtnis Leibnizens in unverminderter Geltung für die Weisung des Weges durch Jahrhunderte gedanklicher Entwicklung zu behaupten, einiges Befremden erweckt. Der Widerspruch zwischen dem historisch bedingten Leibniz und dem über alle historischen Bedingungen hinausragenden Wert seines Denkens, wie ihn Wundt aufgefaßt wissen möchte, ist zu groß, als daß man nicht die teilweise Überkriebenheit dieser Wundtschen Postulate empfände. Bemerkt er doch einmal selber, daß die Philosophie Leibnizens »eigentlich mehr den Charakter einer phantasievollen Verknüpfung seiner wissenschaftlichen Ideen als den eines streng logischen Systems« besitze. Um so mehr wundert man sich, wenn Wundt des »Phantasievollen« nachher gleichwohl keine Erwähnung mehr tut und die Leibnizsche Philosophie in Wirklichkeit eben als ein durchaus logisches, an keine Zeit- und Ortsumstände geknüpftes System betrachtet. Darin äußert sich ebenfalls die zwingende Logik Wundts eigener philosophischer Voraussetzungen. Um die Kurve der philosophischen Entwicklung, die zu Wundt führte, rechtmäßig und unwiderruflich mit Leibniz beginnen zu können, mußte Wundt notwendigerweise den historischen Rahmen sprengen, den er selber dem Wirken Leibnizens anfänglich so meisterhaft zu ziehen versteht.

Im Anschluß an die Wundtsche Gedächtnisschrift seien noch die Neuausgaben Leibnizens eigener Arbeiten erwähnt, die jüngst in der Philosophischen Bibliothek erschienen sind. Namentlich die von Cassirer besorgte dritte Auflage der Neuen Abhandlungen über den menschlichen Verstand zeichnet sich nicht nur durch die neue und wirklich dankenswerte Übersetzung aus, sondern auch durch die gründliche Sachlichkeit seiner Einleitung und Anmerkungen. Was Leibnizens publizi-

stische Schriften anbelangt, so werden sie in der vorliegenden Ausgabe überhaupt zum ersten Male einem weiteren Leserkreis zugänglich gemacht, und man wird diesen Umstand schon deshalb begrüßen müssen, weil jene Schriften die soziale Verankerung Leibnizscher Philosophie außerordentlich scharf hervorheben. Nur kann man sich mit den Einleitungen des Herausgebers nicht so recht befreunden. Sie sind zumindest geschmacklos. Die Sucht, Leibnizen als Kronzeugen des heutigen leitartikelnden Patriotismus anzurufen und ihm gute Sittennoten in Vaterlandsliebe auszustellen, müßte sich anstandshalber anderweitig zu betätigen versuchen. In unmittelbarer Nachbarschaft Leibnizens würde man gerne weniger Gesinnungstüchtigkeit und mehr sachliche Analyse sehen. Indessen begnügt sich der Herausgeber mit rhetorischen Deklamationen nach dem folgenden Muster: »Glich Leibniz dem deutschen Philosophen Hegel, der, unwillig über den Kanonendonner der Schlacht von Jena, sich über lästigen Lärm beklagte, jenem Hegel, der Napoleon als die Versinnbildlichung des Weltgeistes verehrte?« Hegel als »vaterlandsloser Geselle« ad majorem gloriam Leibnizens: das ist wohl der Gipfel jener Situationskomik, zu der schlecht berakener Eifer führt. O. Blum.

Dr. Kurt Geyer, **Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Maiaufstandes 1848 bis 1849.** Leipzig 1914, Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G. 211 Seiten.

Geyers Buch ist der wenig veränderte Abdruck der von dem Verfasser bei der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig eingereichten Dissertation, auf Grund deren er sich die Doktorwürde erworben hat. Im Vergleich zu den üblichen Dissertationen ist diese eine sehr umfangreiche und sehr fleißige Arbeit, der man anmerkt, daß ihr Verfasser sie nicht in erster Linie als Mittel zum Zweck, also zur Erlangung des Doktortitels geschrieben hat. Umfang und Inhalt lassen erkennen, daß er mit ganzer Seele bei der Arbeit war, daß die Sache, die er behandelte, ihn anzog, weil sie ihm Gelegenheit bot, seiner Weltanschauung einen Dienst zu erweisen und seiner politischen Überzeugung Ausdruck zu geben.

Fleißig und gründlich ist die Arbeit insbesondere wegen der Fülle des gesammelten und behandelten Geschichtsstoffes. Abgesehen von zahlreichen größeren Werken, hat Geyer mehr als dreißig Zeitungen und ebensoviel Flugschriften und Flugblätter aus der Zeit von März 1848 bis Mai 1849 durcharbeiten müssen. So ist sein Buch zu einer überaus reichhaltigen Sammelstelle weitverstreuten und bisher verborgenen Tatsachenstoffes geworden. Und wenn Geyer der Aufgabe gemäß, die er sich selber gestellt hat, eigene Betrachtungen auf das Mindestmaß beschränkt, so genügen seine kurzen Hinweise auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhänge im Verein mit einer geschickten Anordnung und Verknüpfung des Tatsächlichen, den aufmerksamen Leser ein lebensvolles, umfassendes und übersichtliches Bild jener bewegten, an Ereignissen, Strömungen und Strebungen so reichen Zeit gewinnen zu lassen.

In der Hauptsache ist Geyers Buch der Darstellung der politischen Zustände und Begebenheiten gewidmet. Er schildert einleitend die Bestrebungen des vormärzlichen Liberalismus in Sachsen, als den Träger der mit den Märzereignissen einsetzenden politischen Erhebung des Bürgertums; die verschiedenen Richtungen des Liberalismus, ihre grundsätzliche Stellung zur Staatsform, zum Wahlrecht und zur deutschen Frage; ihr Verhalten bei den Wahlkämpfen, ihre Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb des Parlaments. Lichtvoll heben sich aus dem Gewirr der Meinungen und Parteiungen, wie es jener gärenden und suchenden Zeit eigentümlich war, die drei großen Gegensätze heraus: konservativ, liberal, demokratisch oder, auf die soziale Formel gebracht: Großgrundbesitz, Großbürgertum, Kleinbürger- und Bauerntum. Die Arbeiter folgten zunächst der am weitesten nach links reichenden demokratisch-republikanischen Bewegung, um da, wo die Industrie sie in größeren Massen gesammelt hatte, im weiteren Verlauf der

Dinge eine kurze Zeit auf proletarisch-demokratischer Grundlage ihre ersten Versuche als selbständige Klassenbewegung zu machen.

Wer die politische Bewegung jener Zeit in den Rheinlanden mit ihren wirtschaftlich-sozialen Unterströmungen kennt, wird auf Grund der Geyerschen Darstellung aus der Geschichte seiner sächsischen Heimat auffällig viel Übereinstimmungen zwischen hier und dort feststellen können, und zwar nicht nur bezüglich des allgemeinen Zustandes und Verlaufs der Dinge, sondern auch in zahlreichen Einzelheiten. Insbesondere trifft das auch für die Arbeiterbewegung jener Zeit zu. Übrigens mag man bedauern, daß Geyers Fleiß und Wissen nicht mehr noch, als es geschehen, dem proletarischen Teil der 1848er Bewegung zugute gekommen ist. Indessen muß man sein Buch beurteilen nach der Aufgabe, die er sich gestellt hatte. Und die bestand darin, die Parteien und Verfassungskämpfe jener Zeit zu schildern. Diese Kämpfe wurden in der Hauptsache von bürgerlichen Parteien gegen die feudale Reaktion und gegeneinander geführt, und so liegt es in der Natur der Sache, daß Geyer die Arbeiterbewegung, die, soweit sie nicht in der bürgerlichen Bewegung aufging, sich doch nur erst sozusagen versuchsweise regte, auch nur insoweit behandelt, wie es ihrem Einfluß auf die im allgemeinen bürgerliche Gesamtbewegung entsprach.

Geyers Buch ist, und darin liegt seine Hauptbedeutung, auch eine für den politischen Kampf unserer Zeit lehrreiche und nützliche Arbeit. Wenn auch die Geschichte sich nicht erschöpft mit Wiederholungen bis ins Einzelne und Kleinste, so ist doch aus den Kämpfen der vierziger Jahre, weil sie heute noch nicht ausgekämpft sind, manche Erfahrung für die Gegenwart zu ziehen. Und im großen und ganzen besteht ja doch die Kunst der Politik darin, die Erfahrungen aus der Vergangenheit auf die Gegenwart anzuwenden. Es ist seit Ausbruch des Weltkriegs vielfach mit Bedauern bemerkt worden, wie gering in Deutschland die Kenntnis der auswärtigen Politik in allen Parteilagern ist. Das Bedauern ist berechtigt. Aber man darf auch hinsichtlich gewisser überschwenglicher Erwartungen bezüglich dessen, was man »Neuorientierung« nennt, mit derselben Berechtigung bedauern, daß die Kenntnis der innerpolitischen Geschichte, namentlich der Geschichte der Parteien, bei uns so gering ist. Wäre es anders, dann würde die Sozialdemokratie über manche Schwierigkeit, die ihr der Weltkrieg bereitet hat, leichter hinwegkommen, als es jetzt leider der Fall ist.

Geyers Schreibweise, das sei zum Schluß noch erwähnt, ist anschaulich, flüssig und klar. Gelegentlich verfällt er noch der Neigung junger Akademiker, sich »gelehrt« auszudrücken. Dann entstehen Sätze wie folgende: »Allmählich begannen diese oppositionellen, anfänglich nur in der Kritik des Bestehenden verbundenen Tendenzen nach positiven Zielen hin zu konvergieren.« (S. 11.) Oder: »Ihm mußte daran liegen, daß die Bewegung kräftige Unterstützung im Lande fand und daß die ganze Bewegung nach Zielen hin konvergierte, die ein Sichdurchsetzen der radikal-freisinnigen Ideen gewährleisteten.« (S. 19.)

Genosse Geyer ist heute Redakteur eines süddeutschen Parteiblatts. Man darf hoffen, daß er in dieser Stellung die Versuchung zum Verüben solch unschöner, unanschaulicher und schwerverständlicher Satzbildungen endgültig überwunden hat.

Erdmann.

Richtigstellung. In meinem Artikel »Zur Fragestellung in der Vorgeschichte des Krieges«, 2. Teil, in Nr. 16 der Neuen Zeit sind folgende Stellen zu berichtigen: Auf Seite 376, Zeile 12 von oben muß es statt: Telegramm Greys an Goschen heißen: Telegramm Goschens an Grey. — Auf Seite 378, Zeile 1 von oben muß es statt: zwischen der »Weitergabe« und dem Warnungstelegramm Bethmanns heißen: zwischen der »Weitergabe«, dem oben zitierten Telegramm sowie dem Warnungstelegramm Bethmanns. Ed. Bernstein.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.